

2. Zentrale Steuerung, politische Planung

Die Zentrale Steuerung, politische Planung nimmt in der inneren Organisation als Stabsstelle, die direkt dem Oberbürgermeister zugeordnet ist, zentrale Verwaltungsaufgaben wahr und hat eine wichtige Querschnittsfunktion innerhalb der Verwaltung (vier Mitarbeiter/innen, 3,5 Stellen).

Als Geschäftsstelle ist sie für die wöchentliche Lagebesprechung zuständig, in der die Führungskräfte der Verwaltung grundsätzliche Themen bearbeiten. Sie wirkt bei der Organisation der Verwaltung mit und bereitet Grundsatzentscheidungen der Verwaltungsspitze vor.

Die Zentrale Steuerung, politische Planung ist das Bindeglied zwischen Verwaltung und Gemeinderat als Vertretung der Bürgerschaft und Hauptorgan der Gemeinde. Die ehrenamtlich tätigen Gemeinderäte, Ortschaftsräte, Stadtteilbeiratsvorsitzenden und Altstadtbeiräte haben vielfältige Kontakte und werden von hier aus während ihrer Tätigkeit betreut.

Auf Basis des Kommunalverfassungsrechts werden Grundsätze, Rahmenbedingungen und Standards und deren Überwachung und Durchsetzung für die Gesamtorganisation des Konzerns Stadt Wertheim erarbeitet und weiterentwickelt. Neben allgemeinen Beziehungen zu anderen Gebietskörperschaften arbeitet die Zentrale Steuerung, politische Planung auch an Aufbau, Pflege und Grundsatzangelegenheiten kommunaler Kooperationen.

Diese Stabsstelle nimmt darüber hinaus die Aufgaben des Bürgerbeauftragten wahr. Im Jahr 2019 wurde der Bürgerbeauftragte von einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern aufgesucht und telefonisch oder per E-Mail kontaktiert. Für alle Belange stets ein offenes Ohr zu haben, einfach zuzuhören, den einzelnen Menschen als Persönlichkeit zu sehen und innerhalb der Verwaltung zu navigieren ist der Schwerpunkt der Arbeit. Ratsuchende erhalten ohne Terminvereinbarung umfassende Informationen und Auskünfte zu ihren Anliegen. Der Bürgerbeauftragte gibt Hinweise über Zuständigkeiten und Aufgaben der Ämter, Dienststellen und Einrichtungen innerhalb Wertheims und nennt Ansprechpartner/innen. Telefonisch können sofort Kontakte hergestellt und im Bedarfsfall Termine vereinbart werden. Auch bei Belangen der Hilfesuchenden, die nicht in der Zuständigkeit der Stadt Wertheim liegen, werden Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt und Verbindungen mit den zuständigen Stellen hergestellt. Der Bürgerbeauftragte bietet neben Auskünften aller Art Hilfen in schwierigen Lebenslagen und Unterstützung bei außergewöhnlichen Notfällen.

Der zentrale Posteingang ist in dieser Stabsstelle angesiedelt. Eingangspost und E-Mails werden von hier aus an die Referate verteilt. Fachspezifische Magazine werden in Umlauf gegeben und archiviert.

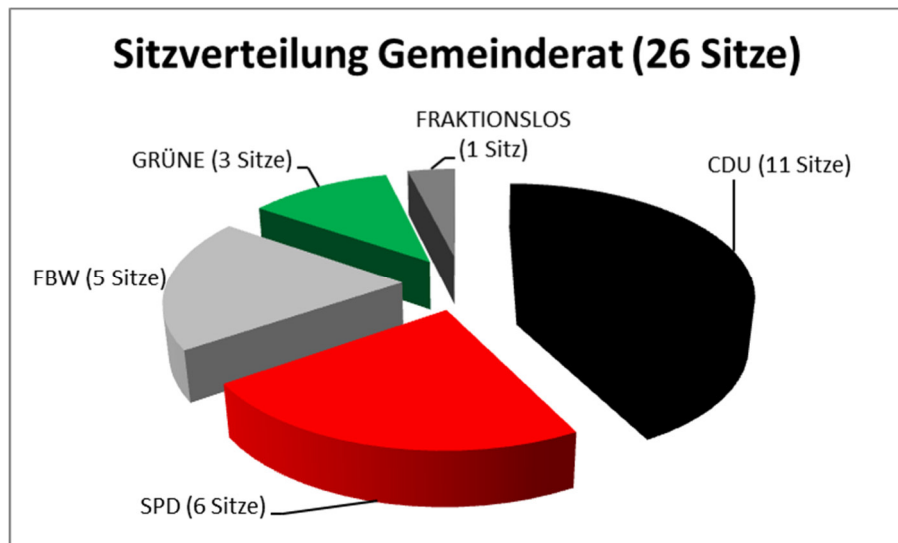
Die Zentrale Steuerung, politische Planung organisiert jährlich stattfindende innerbetriebliche Veranstaltungen. Dazu gehören der gemeinsame Messebesuch, die Geranienpflanzaktion und der Betriebsausflug. Der Betriebsausflug wird gemeinsam mit der AG Betriebsausflug koordiniert und organisiert.

Europaangelegenheiten runden das Aufgabengebiet ab. Europa gewinnt auf kommunaler Ebene wirtschaftlich und politisch sowie in vielen Bereichen des täglichen Lebens immer weiter an Bedeutung. Nicht immer ist der europäische Einfluss so ersichtlich wie bei der Einführung des Euro. Beim Städtetag Baden-Württemberg befasst sich eine Arbeitsgruppe mit zentralen Themen, die für Kommunen interessant sind. Mit der regelmäßigen Teilnahme an den Tagungen wird dieser Transfer gesichert.

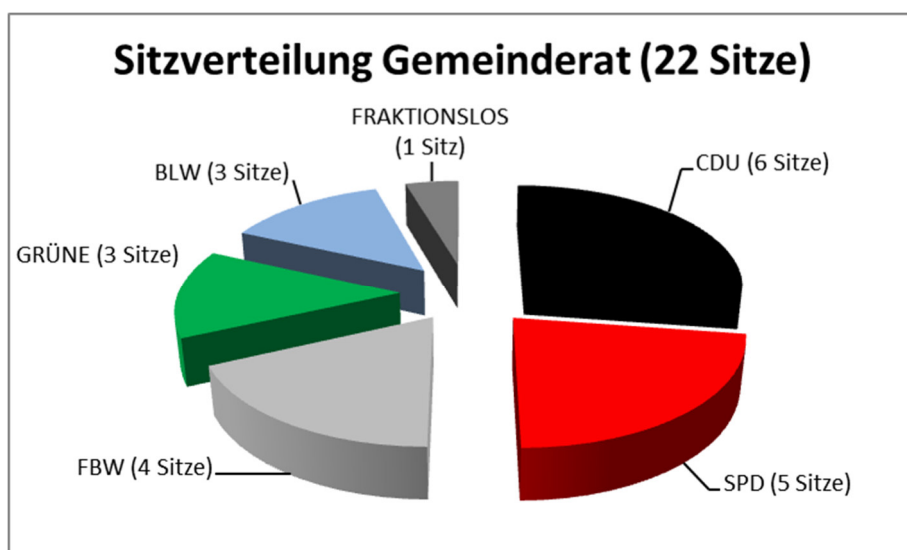
2.1. Geschäftsstelle Gemeinderat

Bei der Zentralen Steuerung ist die Geschäftsstelle Gemeinderat angesiedelt. Sie bereitet Sitzungen des Gemeinderats vor, koordiniert die Zusammenstellung der Tagesordnungspunkte, die Vorbereitung und den Versand von Vorlagen und sorgt für die ordnungsgemäße Protokollführung. Des Weiteren werden hier die Sitzungsgelder für die Mandatsträger abgerechnet. Für die inneren Angelegenheiten des Gemeinderats, zum Beispiel Vorsitz, Einberufung, Verhandlungsablauf und Beschlussfähigkeit, gibt es eine Geschäftsordnung. Die Grundsätze sind in der Gemeindeordnung festgelegt.

Sitzverteilung im Gemeinderat in der Legislaturperiode 2014/19:



Sitzverteilung im Gemeinderat in der Legislaturperiode 2019/2024:



Ab der Legislaturperiode 2019/2024 ist die durch den Gemeinderat beschlossene Hauptsatzungsänderung zur Reduzierung der Sitze im Gemeinderat zum Tragen gekommen (vgl. Beschluss des GR vom 6. Februar 2017).

2.1.1. Sitzungen des Gemeinderates, der Ausschüsse und Aufsichtsräte in 2019

(ö = öffentlich, nö = nicht öffentlich)

	ö	TOPs	nö	TOPs	gesamt	TOPs
Gemeinderat	12	134	10	37	22	171
Ausschuss für Bauwesen und Umwelt	5	41	5	29	10	70
Ausschuss für Finanzen, Verwaltung, Kultur, Soziales und Schulen	2	10	3	14	5	24
Ausschuss Michaelismesse			4	16	4	16
Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Wertheim	1	3	0	0	1	3
Eigenbetrieb Wald	1	4	1	2	2	6
Eigenbetrieb Baubetriebshof	3	8			3	8
Eigenbetrieb Gebäudemanagement Wertheim	1	2			1	2
Eigenbetrieb Burg Wertheim			2	6	2	6
Umlegungsausschuss						
Gutachterausschuss (nur Einzelgutachten)			3	9	3	9
Zwischensumme Gemeinderat und Ausschüsse	25	202	28	113	53	315
Aufsichtsrat der Stadtwerke Wertheim GmbH			2	17	2	17
Aufsichtsrat Steg/Wohnbau			4	22	4	22
Aufsichtsrat Tourismus Wertheim GmbH			4	10	4	10
Aufsichtsrat Bädergesellschaft Wertheim mbH			2	10	2	10
Aufsichtsrat Städtische Holding GmbH			1	5	1	5
Zwischensumme Aufsichtsräte			13	64	13	64
Gesamt	25	202	41	177	66	379

Die nicht öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats und der jeweiligen Ausschüsse fanden größtenteils im Anschluss an die öffentlichen Sitzungen statt.

2.1.2. Sitzungen der Ortschaftsräte in 2019

Ortschaft	Ortsvorsteher	ö	nö	gesamt
Bettingen	Songrit Breuninger			
	ab Legislaturperiode 2019/2024: Ralf Tschöp	4	7	11
Dertingen	Egon Beuschlein	3	5	8
Dietenhan	Andreas Blum			
	ab Legislaturperiode 2019/2024: Jan Behner	5	2	7
Dörlesberg	Udo Schlachter	3	4	7
Grünenwört	Ludwig Oberdorf	4	4	8
Höhefeld	Matthias Roos			
	ab Legislaturperiode 2019/2024: Christian Stemmler	3	4	7

Kembach	Tanja Bolg	3	6	9
Lindelbach	Egon Schäfer	2	1	3
Mondfeld	Eberhard Roth	5	1	6
Nassig	Volker Mohr	5	3	8
Reicholzheim	Sebastian Sturm	4	3	7
Sachsenhausen	Udo Beck	5	3	8
Sonderriet	Kurt Kraft			
	ab Legislaturperiode 2019/2024:	6	8	14
	Udo Kempf			
Urphar	Martin Gillig			
	ab Legislaturperiode 2019/2024:	5	1	6
	Detlev Dosch			
Waldenhausen	Nils Ries			
	ab Legislaturperiode 2019/2024:	9	1	10
	Gerrit Lang			
Gesamt		66	53	119

Ortsvorsteher-Besprechungen

Im Jahr 2019 fand eine Besprechung mit den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern statt. Dabei wurden sieben Tagesordnungspunkte behandelt.

2.1.3. Stadtteilbeiräte

In den Stadtteilen Bestenheid, Eichel/Hofgarten, Reinhardshof, Vockenrot und Wartberg gibt es das Gremium des Stadtteilbeirats. Engagierte Bürgerinnen und Bürger befassen sich an der Basis mit den örtlichen Belangen und bringen dabei ihren Sachverstand ein. Verwaltung und Gemeinderat sind gehalten, die Vorschläge und Anregungen aus den Stadtteilen aufzugreifen und im Rahmen der gesetzlichen und finanziellen Möglichkeiten umzusetzen. Es finden regelmäßige Besprechungen der Stabstelle Zentrale Steuerung mit den Stadtteilbeiratsvorsitzenden statt.

Sitzungen der Stadtteilbeiräte im Jahr 2019

Stadtteil	Vorsitz	Anzahl der Sitzungen
Bestenheid	Hubert Kronmüller	9
Eichel/Hofgarten	Roland Olpp	3
Reinhardshof	Walter Ploch	4
Vockenrot	Gerhard Albrecht	2
Wartberg	Renate Gassert	9
	ab 2019/2024 Olaf Nadler	
Gesamt		27

2.1.4. Bürgersprechtage und Bürgerfragestunden

Bürgersprechtage

Beginnend ab Juli 2019 hat Oberbürgermeister Herrera Torrez regelmäßig Bürgersprechtage im Rathaus angeboten. Insgesamt gab es 2019 sieben Termine, die von 63 Bürgerinnen und Bürgern genutzt wurden.

Ab dem Jahr 2020 wird die Verwaltungsspitze mit der neuen Reihe „Wir kommen zu Ihnen- Rathaus vor Ort“ nach und nach alle Ortschaften und Stadtteile besuchen und dabei auch zu Bürgerversammlungen einladen.

Bürgerfragestunden

Nach der Gemeindeordnung finden durchschnittlich vier Mal pro Jahr Bürgerfragestunden statt. Im Rahmen von öffentlichen Gemeinderatssitzungen hat die Bürgerschaft Gelegenheit, Fragen zu Gemeindeangelegenheiten zu stellen oder Anregungen und Vorschläge an die Verwaltung zu richten. Oberbürgermeister Herrera Torrez hat ab Juli 2019 die Bürgerfragestunde zu Beginn jeder öffentlichen Gemeinderatssitzung eingeführt. 2019 fanden sechs statt. Insgesamt lagen 19 Wortmeldungen in den Bürgerfragestunden vor. Diese werden durch die Protokollführung erfasst und an die zuständigen Referate weitergeleitet. Die Beantwortung der Anfragen wird ebenfalls überwacht.

2.1.5. Bearbeitung von Anträgen aus der Mitte des Gemeinderates

Eine Fraktion oder mindestens ein Sechstel der Gemeinderäte kann beantragen, dass ein Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Gemeinderates gesetzt wird. Der Verhandlungsgegenstand muss zu seinem Aufgabengebiet gehören.

Anträge	2019	2018	2017	2016	2015	2014
CDU	6	3		2		4
SPD	4	2	1	1	6	5
FBW	3	3	1	1		1
GRÜNE	2		1	1	1	3
BLW	2				1	
Gesamt	17	8	3	5	8	13

Bearbeitung von Anfragen und Hinweisen aus der Mitte des Gemeinderates

Neben den Sachanträgen haben die Gemeinderäte die Möglichkeit, in den Gemeinderatssitzungen mündliche Anfragen zu stellen oder Hinweise zu geben. Diese Anfragen bzw. Hinweise werden von der Geschäftsstelle des Gemeinderates im Rahmen der Protokollführung gesammelt, an die jeweils betroffenen Referate übermittelt und die Beantwortung bzw. Erledigung überwacht. 2019 wurden 43 solcher Anfragen bzw. Hinweise aufgenommen.

2.2. Recht

Die Abteilung Recht, besetzt mit einem Juristen, hat die Aufgabe, Rechtsangelegenheiten aller städtischen Stellen, Eigenbetriebe und Eigengesellschaften (Beratung, außergerichtliche Vertretung und Prozessführung gemäß dem Produktkatalog des Landes Baden-Württemberg für den Bereich Justitiariat) zu bearbeiten. In dieser Funktion ist auch die Stadtrechtssammlung zu betreuen. Die Stelle war seit Mai 2010 ins Referat 22 (Öffentliche Ordnung) eingegliedert. Im Laufe des Jahres 2019 wurde sie nunmehr in die Stabsstelle 02 (Zentrale Steuerung, politische Planung) eingegliedert. Weiterhin ist der Stelleninhaber Datenschutzbeauftragter. In dieser Funktion berichtet er dem Oberbürgermeister.

Arbeitsschwerpunkte

Die Rechtsabteilung ist mit einem breiten Spektrum an Rechtsgebieten befasst, so dass nachfolgend nur Schwerpunkte und eine kleine Auswahl an Beispielfällen dargestellt werden können, ausgewählt nach besonderem Arbeitsaufwand, Resonanz in der Öffentlichkeit, juristischer Delikatesse, Exotik oder zur exemplarischen Darstellung des Spektrums an Aufgaben.

- Auch 2019 nahm die Tätigkeit des Datenschutzbeauftragten aufgrund der Umsetzung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) eine herausgehobene Stellung ein. Der Stelleninhaber nahm an Datenschutztage teil, um sich mit anderen Datenschutzbeauftragten und Fachleuten auszutauschen, auch über Landesgrenzen hinweg. Viele Verarbeitungsverzeichnisse gingen ihm erst im Verlauf des Jahres zu und mussten geprüft und geordnet werden. Ihre Fertigung löste weiterhin Beratungsbedarf aus, desgleichen die Ausarbeitung von Datenschutzhinweisen. Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit führte eine Umfrage durch, die auch der Stelleninhaber beantwortete.
- Zusätzlich nahm der Stelleninhaber an einem Seminar „Behördlicher Datenschutzbeauftragter – Technisches Grundverständnis“ teil. Zwar verfügt er über eine, auch technische Fragen umfassende, Grundausbildung im Bereich EDV. Diese Kenntnisse sind aber in die Jahre gekommen, soweit sie nicht die eigene Anwendungspraxis im Umgang mit IT-Technologie betreffen und sich mit ihr fortentwickelt haben. Technisches Grundverständnis ist erforderlich, um die Umsetzung datenschutzrechtlicher Vorgaben in die Praxis beurteilen zu können, und sollte daher für einen Datenschutzbeauftragten über den Tellerrand der eigenen Anwendungen hinausreichen.
- Die Erfüllung der Anforderungen der EU-DSGVO erschöpft sich nicht in einem einmaligen Kraftakt, sondern stellt einen kontinuierlichen Prozess dar. Neben der weiterhin aktuellen „Umsetzung der EU-DSGVO“ war auch der reguläre datenschutzrechtliche Alltag zu bewerkstelligen. So war zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen auf einer Veranstaltung mit Kindern eine Kindertagesstätte Foto- und Filmaufnahmen gemacht werden und diese verwendet werden dürfen, insbesondere im kommerziellen Interesse eines Sponsors.

Die übrigen Tätigkeitsschwerpunkte lagen im Jahr 2019 vor allem im Bereich des Baudezernats, hier mit Abstand im Referat „Liegenschaften, Friedhöfe“ und im Referat „Bauordnungsrecht, Umweltschutz“, gefolgt von den Referaten „Familie, Presse u. Information, Kultureinrichtungen“ und „Eigenbetriebe ABW, GMW, Burg“ des Dezernates 1 und vom Referat „Öffentliche Ordnung, Ausländerangelegenheiten, Feuerwehr, Recht“ im Dezernat 2.

- Im Referat „Liegenschaften, Friedhöfe“ nahm auch 2019 das Friedhofswesen einen sehr breiten Raum ein. Der Gerichtsprozess um Vergütungsfragen zum Grabaushubvertrag wurde entschieden mit einem teilweisen Obsiegen und einem teilweisen Unterliegen. Die Streitigkeiten unter und mit Jagdpächtern, mündeten, gerichtlich aufgearbeitet, in einem Vergleich. Das Resümee aus beiden vorgenannten Fällen: Wären die Forderungen von der Gegenseite vor Klageerhebung ordentlich dargetan und belegt gewesen, hätte es keines Prozesses bedurft und die Gerichtskosten wären gespart worden. - Rechtshängig ist weiterhin die Auseinandersetzung über die Ausübung eines Vorkaufsrechtes durch die Stadt Wertheim.
- Im Referat „Bauordnungsrecht, Umweltschutz“ begleitete der Stelleninhaber wieder eine Vielzahl von Fällen mit juristischem Rat und Formulierungshilfen.
- Thematisch zum Referat „Stadtplanung, Hochbau“ gehörend, faktisch wegen seiner Bedeutung aber auf Dezernatsleiterebene behandelt, stand die Auseinandersetzung mit dem Nabu Wertheim um Artenschutz weiterhin auf der Tagesordnung. Das Thema nahm wegen regelmäßiger Besprechungen sehr breiten Raum ein.
- Wie in den Vorjahren nahm auch 2019 die Abteilung „Kinder, Jugend, Sport, Vereine“ des Dezernates 1 die Dienste der Rechtsabteilung für Kita-Angelegenheiten in Anspruch. In Form eines Einzelfalles stand das Vergabesystem „Platz da?!“ für Kita-Plätze auf dem Prüfstand – und hielt der gerichtlichen Prüfung stand.
- Bezüglich der Unterbringung von Flüchtlingen war zu klären, auf welcher rechtlichen Basis (Mietvertrag mit ihnen oder Einweisungsverfügung) diese in den Unterkünften wohnen sollten. Der Eigenbetrieb Gebäudemanagement führte eine Auseinandersetzung mit einem Wohnungsvermieter im Rahmen der Anmietung solcher Wohnungen wegen eines Wasserschadens. Desgleichen war zu klären, wer im Haus der Vier Gekrönten für die Kosten der Heizungswartung zuständig ist. Für Veranstaltungen auf der Burg war eine Vereinbarung über die Betreiberpflichten nach der Versammlungsstättenverordnung zu fertigen.
- Eine schon mehrfach vom Referat 22 in Angriff genommenen Aufgabe, nämlich die Neufassung der Polizeiverordnung, musste in diesem Jahr vollendet werden, da die bisherige Polizeiverordnung aufgrund eines Verfallsdatums außer Kraft trat. Des Weiteren gab es diverse Strafanträge, unter anderem wegen Beschädigung von städtischen Holzständen, auf denen Wahlplakate mit den Konterfeis der Herren Wolfgang Stein und Markus Herrera Torrez angebracht waren. Mittlerweile gerichtsanhängig ist eine Auseinandersetzung mit einem Campingbusbesitzer, der die Straße vor seiner Hofausfahrt auf der gegenüberliegenden Seite für parkende Autos gesperrt haben will, um besser aus- und einfahren zu können.
- Die Volkshochschule Wertheim e.V. überarbeitete ihre Satzung. Da Vereinsvorsitzender kraft Amtes der jeweilige Oberbürgermeister der Stadt Wertheim ist, leistete der Stelleninhaber Beratungs- und Formulierungshilfe.
- Weiterhin war 2019 wieder die Pflege der Stadtrechtssammlung zu leisten – sowohl in Papierform bei der Rechtsabteilung als auch im Internet.

2.3. Hochschule

SRH Fernhochschule – The Mobile University

Nach vorbereitenden Gesprächen ab Herbst 2016 hat der Gemeinderat im Mai 2017 die Zusammenarbeit der Stadt Wertheim mit der SRH Fernhochschule – The Mobile University und die Übernahme einer Stiftungsprofessur beschlossen.

Der damalige Oberbürgermeister Stefan Mikulicz und Rektor Prof. Dr. Ottmar Schneck, unterzeichneten im Juni 2017 den Kooperationsvertrag im Beisein der Stifter für die Stiftungsprofessur und Vertretern der Gemeinderatsfraktionen im Barocksaal des Rathauses. An der Stiftungsprofessur, die mit 80.000 Euro pro Jahr angesetzt ist, beteiligen sich die Unternehmensgruppe Brand/Vacuubrand, die Sparkasse Tauberfranken, der Main-Tauber-Kreis und die Stadt Wertheim. Die Vereinbarung wurde zunächst auf drei Jahre geschlossen.

Im November 2017 fand die erste Präsenzveranstaltung der Fernhochschule im Sitzungssaal des Rathauses Wertheim statt. Im Dezember 2017 folgte die offizielle Eröffnung des Studienzentrums Wertheim im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium. Im Oktober 2018 hat die SRH Fernhochschule – The Mobile University ihre Präsenz mit einem eigenen Büro in Wertheim ausgebaut. Im Stadtteil Reinhardshof haben seitdem Studierende und Unternehmen eine direkte Anlaufstelle zur Kontaktaufnahme und Beratung über die Studiengänge und den Ablauf des Studiums.

Innerhalb der Stadtverwaltung wurde das Themengebiet Hochschule mit der Neuorganisation zum 1. September 2019 dem neugebildeten Referat „Bildung und Familie“ zugeordnet.